

Landkreis will weiterhin Erdverkabelung

Träger öffentlicher Belange zeigen sich einig in ihren Bedenken gegen die Eon-Freilandleitung

Beim Erörterungstermin im Oldenburger „PFL“ wurde in sachlicher Atmosphäre diskutiert. Viele Bürger sprachen sich in Briefen ebenfalls für die Erdverkabelung aus. Landkreis Oldenburg (gb). Wenig neue Erkenntnisse hat die gestrige Erörterung der Regierungsdirektion Oldenburg in Sachen geplanter Bau der 380-kV-Höchstspannungsleitung im Oldenburger „PFL“ erbracht. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und in sachlicher Atmosphäre untermauerten die mehr als 50 erschienenen Träger öffentlicher Belange, das sind Kommunen und Interessengruppen, ihre Bedenken gegen den Bau einer Freilandleitung. Vertreten waren unter anderem der Landkreis Oldenburg, die Gemeinden Prinzhöfte, Winkelsett, Colnrade und der Flecken Harpstedt aus der Samtgemeinde Harpstedt sowie die vier Vertreter der Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“.

„Wir freuen uns, dass sich die betroffenen Kommunen nach wie vor für eine Erdverkabelung ausgesprochen haben und niemand seine Meinung geändert hat“, so Frank Windhorst, Vorstandsmitglied der Initiative. Dem folgte auch Bernd Lögering, Leiter der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises: „Ja, der Landkreis Oldenburg wünscht nach wie vor eine Erdverkabelung.“

Zu der Erörterung war die breite Öffentlichkeit nicht eingeladen. „Im Rahmen der Auslegung der Antragsunterlagen in den Kommunen konnte jeder Bürger bereits Einsicht nehmen“, argumentierte Barbara Woltmann, Leiterin der Abteilung Raumordnung der Regierungsvertretung nach der Begrüßung. „Damit ist die Öffentlichkeit bereits beteiligt gewesen - und es sind mehr als 1900 Einwendungen von Bürgern und Trägern öffentlicher Belange eingegangen, darunter aber auch viele standardisierte Schreiben mit der Forderung einer Erdverkabelung.“

Von 10 bis nach 17 Uhr arbeiteten Woltmann und ihre Kollegen Bernhard Heidrich und Klaus Pohlmann die Tagesordnung ab: Matthias Boxberger von der „e.on-Netz“ unterstrich noch einmal die Notwendigkeit des Baus der rund 60 Kilometer langen Trasse, da bis zum Jahr 2010 sehr viel mehr Windenergie in das Netz eingespeist werde. „Der zusätzlich erzeugte Strom wird im Nordwesten nicht verbraucht, er muss in den Süden, wie zum Beispiel das Ruhrgebiet, abgeleitet werden. Bislang gibt es dafür drei Leitungen, die vierte von Ganderkesee nach St. Hülfe bei Diepholz, ist nötig.“

Während Boxberger wie erwartet die Notwendigkeit des Baus darstellte, argumentierten viele Träger öffentlicher Belange dagegen, führten die Belastungen durch den Bau der Freilandleitung ins Feld: Die Abstände zur Wohnbebauung seien zu gering, die Erholungsmöglichkeiten würden eingeschränkt, die Landwirtschaft ebenfalls. Beeinträchtigungen müssten ebenfalls Flora und Fauna sowie das Landschaftsbild hinnehmen.



Mehr als 50 so genannte Träger öffentlicher Belange, darunter auch Vertreter aus den vier betroffenen Gemeinden in Harpstedt und vier Sprecher der Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ sprachen sich weiter für eine Erdverkabelung zwischen Ganderkesee und St. Hülfe aus. FOTO: Gerd backenköhler